



über die 2. Sitzung  
des Schul- und Sportausschusses  
am Donnerstag, dem 30. März 2000  
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 15:05 Uhr  
Ende: 16:35 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Bartosch  
Frau Dyduch  
Frau Filthaut  
Herr Henning  
Herr Lipinski  
Herr Rickwärtz-Naujokat

Ratsmitglieder CDU

Herr Hasler  
Frau Jacobsmeier  
Herr Kissing  
Herr Klein  
Herr Plümpe  
Herr Weigel

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Brinkmann

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen SPD

Herr Ambrosch  
Frau Bungter-Striepens  
Herr Kohl  
Frau Ruf  
Frau Slomiany  
Herr Voß

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen CDU

Herr Brettschneider  
Herr Hoffmann

Sachk. Bürger/Bürgerinnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Goehrke

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen F.D.P.

Herr Bremmer

Sachverständige  
Herr Dege  
Herr Hupe  
Herr Reeske

Verwaltung  
Frau Böckmann  
Herr Flaskamp  
Frau Meißner

entschuldigt fehlten  
Herr Böcker  
Frau Borowiak  
Frau Oxe  
Frau Sandrock

Herr **Lipinski** begrüßte die anwesenden Mitglieder des Schul- und Sportausschusses, die Vertreter der Presse sowie die zahlreichen Zuhörer und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Herr **Kissing** erklärte, dass die CDU-Fraktion mit Schreiben vom 17.03.2000 beantragt habe, sowohl für die Ratssitzung am 30.03.2000 als auch für die nächste Sitzung des Schul- und Sportausschusses den Tagesordnungspunkt „Antrag auf Errichtung einer Haupt- und Realschule in Kamen“ zu behandeln. Die Tagesordnung im öffentlichen Teil müsse der Form halber um diesen Tagesordnungspunkt erweitert werden.

Herr **Flaskamp** erwiderte, dass der Antrag der Förderer einer Haupt- und Realschule Kamen zuerst eingegangen sei und als Bürgeranregung vom Haupt- und Finanzausschuss zur fachlichen Beratung an den Schul- und Sportausschuss verwiesen worden sei. Bei dem CDU-Antrag handele es sich um einen Folgeantrag und könne unter TOP 1 mit behandelt werden. Einen zweiten Tagesordnungspunkt zu dem gleichen Thema halte er nicht für angemessen.

Es wurde Einigkeit darüber erzielt, dass der Antrag der CDU-Fraktion unter TOP 1 mit behandelt wird.

#### **A. Öffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Bürgeranregung zur Errichtung einer Haupt- und Realschule	
2.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

## A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Bürgeranregung zur Errichtung einer Haupt- und Realschule

Der Antrag, so Herr **Flaskamp**, sei am 09.03.2000 eingegangen und gem. § 24 GO NW in Verbindung mit der Hauptsatzung im Haupt- und Finanzausschuss behandelt und zur fachlichen Beratung an den Schul- und Sportausschuss verwiesen worden. Die CDU habe die heutige Sitzung beantragt. Wie bereits in der letzten Sitzung des Schul- und Sportausschusses berichtet wurde, seien 84 Schüler/innen an den Realschulen angemeldet worden. Der landesweite Trend zur Realschule bestätige sich hierdurch. Alle angemeldeten Kinder seien angenommen worden. Die Städte Unna und Bergkamen hätten jedoch signalisiert, dass sich die Aufnahmekapazitäten am Rande der Möglichkeiten bewege. Die Realschule Bönen habe jedoch noch freie Kapazitäten. Da es sich bei den zu treffenden Entscheidungen um politische Entscheidungen handelt, halte sich die Verwaltung nunmehr zurück.

Die schulpolitischen Vorstellungen der SPD-Fraktion, so Frau **Dyduch**, seien aus der Presse bereits bekannt. In der Vergangenheit hätten alle Kamener Schüler/innen einen Realschulplatz erhalten können. Durch den landesweiten Trend und durch die Aufgabe der Gutachtenabhängigkeit habe sich das Schulwahlverhalten geändert. Es sei eine andere Situation eingetreten und es müsse gehandelt werden. Die SPD-Fraktion nehme den Elternwillen ernst und wolle zu Beginn des Schuljahres 2001/02 die Errichtung einer Realschule, aber auch einer Hauptschule. Nur in dieser Komplementierung mache dieses Angebot einen Sinn. Gleichzeitig wolle die SPD-Fraktion das System Gesamtschule stützen und in eine geänderte Funktion als Angebotsschule überführen. Diese Angebotsform bedeute eine große Chance für die Gesamtschule.

Die SPD-Fraktion sei bereit bereits heute einen Errichtungsbeschluss zu fassen, der jedoch aus rechtlichen Gründen unter Vorbehalten stehen müsse. Die SPD-Fraktion beantrage daher folgende Beschlussfassung:

Dem vorliegenden Antrag wird stattgegeben, so dass der Schul- und Sportausschuss dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat empfiehlt, die Errichtung einer Hauptschule und Realschule zum Schuljahr 2001/2002 zu beschließen. Aufgrund der in Kamen vorliegenden Anmeldezahlen wird das Bedürfnis auf Errichtung einer Realschule anerkannt, somit kann auf die hilfsweise beantragte Bedürfnisprüfung verzichtet werden.

Der Errichtungsbeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt folgender Fragen:

- Genehmigung der anlassbezogenen Schulentwicklungsplanung durch die Schulaufsichtsbehörde
- Abstimmung mit den kommunalen Nachbarn
- Erarbeitung von Standortvorschlägen
- Erarbeitung einer Raumkonzeption
- Gespräche mit den weiterführenden Schulen in Kamen im Rahmen der Fürsorgepflicht
- Information an und Gespräche mit Eltern- und Schülervertretern
- Klärung der finanziellen Auswirkungen für unsere Stadt
- Weiterer unabdingbarer Vorbehalt besteht in den Anmeldezahlen, die im nächsten Jahr die gesetzlich vorgeschriebene Zweizügigkeit ergeben muss.

Herr **Kissing** begrüßte die Stellungnahme der SPD-Fraktion. Die Entwicklung sei voraussehbar gewesen. Er begrüßte aber auch die Reaktion der Gesamtschulleiter, ohne die die geänderte Auffassung der SPD-Fraktion seines Erachtens nicht möglich gewesen sei. Die Gesamtschulen hätten dann die Chance zu einer reinen Angebotsschule umgeformt zu werden. Die CDU-Fraktion wolle heute jedoch keinen konkreten Errichtungsbeschluss erwirken und schlage daher als politische Absichtserklärung folgenden Beschluss vor:

1. Der Rat der Stadt Kamen erkennt den Elternwillen und das Schulwahlverhalten an und sieht die Notwendigkeit, das vorhandene Kamener Schulangebot um die Schulformen Haupt- und Realschule zu ergänzen.
2. Das zukünftige Schulangebot in Kamen soll so strukturiert werden, dass die Gesamtschulen als Angebotsschule fortgeführt werden können.
3. Der Bürgermeister wird aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen durchzuführen, die erforderlichen Genehmigungsverfahren einzuleiten, entsprechende Abstimmungsgespräche zu führen und die schulorganisatorischen Vorschläge zur Neugestaltung des Schulwesens vorzubereiten.
4. Der Rat der Stadt Kamen beabsichtigt, die Errichtungsbeschlüsse zur Neugründung von Haupt- und Realschule in Kamen in der Ratsitzung am 08. Juni 2000 zu fassen.
5. Es wird eine Kommission unter Beteiligung von Vertretern des Elternvereins „Förderer einer Haupt- und Realschule“, des Gymnasiums und der Gesamtschulen gebildet, die die strukturelle und organisatorische Umgestaltung des Kamener Schulsystems beratend begleitet.

Herr **Goehrke** teilte mit, dass beide Beschlussvorschläge das bestehende Schulsystem beschädigen könnten und dass seine Fraktion daher dagegen stimmen würde. Zu viele Fragen seien offen und mit dem Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion würde eine Blankovollmacht erteilt. Die Gesamtschulen kämen in eine Situation, in die sie nicht hinein wollten: Sie müssten Schüler abweisen. In der Vergangenheit hätten die Gesamtschulen Hervorragendes geleistet, insbesondere in dem Bereich der Integration von Kindern spätausgesiedelter Eltern bzw. auch von asylbegehrenden Ausländern. Eine solche Arbeit sei nur an großen Systemen möglich, da die kleineren nicht über das Lehrerpotential verfügen. Auch wenn er die Notwendigkeit der Veränderung aufgrund der Anmeldezahlen sehe, könne er zum jetzigen Zeitpunkt einem Errichtungsbeschluss nicht zustimmen. Einem Prüfauftrag an die Verwaltung könne er zustimmen.

Herr **Bremmer** begrüßte, dass es eine Mehrheit für die Errichtung einer Realschule und einer Hauptschule gebe, hielt es jedoch für verfrüht, bereits in der heutigen Sitzung einen Errichtungsbeschluss zu fassen. Die Vorbehalte der SPD-Fraktion sollten nochmals verlesen werden. Seines Erachtens sei ein Schulentwicklungsplan für die Genehmigung nicht notwendig.

Herr **Flaskamp** erwiderte zu den Ausführungen von Herrn Goehrke, dass von einer Blankovollmacht nicht geredet werden könne, da die Vorbehalte erst ausgeräumt werden müssten. Es gehe darum, den Eltern, die für ihre Kinder den Besuch einer Realschule wünschten, die größtmögliche

Sicherheit für das kommende Schuljahr zu geben. Dass die Gesamtschulen in der Vergangenheit Hervorragendes geleistet haben, sei bekannt.

Bezüglich des Einwandes von Herrn Bremmer verlas Herr Flaskamp die Bestimmungen der §§ 8 und 10 SchVG, nach denen eine Schulentwicklungsplanung vorgelegt werden muss.

Es gehe, so Frau **Dyduch**, um eine verfestigte Absichtserklärung. Die Vorbehalte müssten erst geprüft und könnten nicht zum jetzigen Zeitpunkt diskutiert werden.

Herr **Kissing** schlug vor, die Sitzung zu unterbrechen, um einen gemeinschaftlichen Antrag vorzulegen.

Nach kurzer Diskussion wurde um 15.35 Uhr die Sitzung unterbrochen.

Um 16.25 Uhr eröffnete Herr **Lipinski** die Sitzung erneut und erklärte, dass die SPD-, CDU- und F.D.P.-Fraktionen einen gemeinschaftlichen Antrag zur Beschlussfassung erarbeitet hätten. Die Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN hätten sich bereits gegen den Beschlussvorschlag ausgesprochen, würden den Beschluss jedoch positiv begleiten.

Herr **Lipinski** verlas den vorgeschlagenen Beschlussvorschlag, der nach kurzer Diskussion gefasst wurde.

### **Beschlussempfehlung:**

Dem vorliegenden Antrag wird stattgegeben, so dass der Schul- und Sportausschuss dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat empfiehlt, die Errichtung einer Hauptschule und Realschule zum Schuljahr 2001/2002 zu beschließen. Das zukünftige Schulangebot in Kamen soll so strukturiert sein, dass die Schulform Gesamtschule als Angebotschule fortgeführt werden kann. Aufgrund der in Kamen vorliegenden Anmeldezahlen wird das Bedürfnis auf Errichtung einer Realschule anerkannt, somit kann auf die hilfsweise beantragte Bedürfnisprüfung verzichtet werden.

Der Bürgermeister wird aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen durchzuführen, die erforderlichen Genehmigungsverfahren einzuleiten, entsprechende Abstimmungsgespräche zu führen und die schulorganisatorischen Vorschläge zur Neugestaltung des Schulwesens vorzubereiten.

Insbesondere:

- Genehmigung der anlassbezogenen Schulentwicklungsplanung durch die Schulaufsichtsbehörde
- Abstimmung mit den kommunalen Nachbarn
- Erarbeitung von Standortvorschlägen
- Erarbeitung einer Raumkonzeption
- Gespräche mit den weiterführenden Schulen in Kamen im Rahmen der Fürsorgepflicht
- Information an und Gespräche mit Eltern- und Schülervorteiler/innen
- Klärung der finanziellen Auswirkungen für unsere Stadt
- Weiterer unabdingbarer Vorbehalt besteht in den Anmeldezahlen, die im nächsten Jahr die gesetzlich vorgeschriebene Zweizügigkeit ergeben muss.

Der Errichtungsbeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt entsprechender Beantwortung vorstehender Fragen.

**Abstimmungsergebnis:** bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 2.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

2.1 Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

2.2 Anfragen

1. Herr **Plümpe** verwies auf eine Zeitungsnotiz, nach der die Schülervvertretung an einem Seminar teilgenommen hätte und erklärt habe, dass es am Städt. Gymnasium ein „Toilettenproblem“ gebe. Er fragt an, was es damit auf sich habe.

Herr **Hupe** erwiderte, dass die Toiletten des Städt. Gymnasiums in Ordnung seien. Die Probleme seien hausgemacht und die SV bemühe sich darauf hinzuwirken, dass jeder Nutzer die Toilette in einem ordnungsgemäßen Zustand verlasse.

gez. Lipinski  
Vorsitzender

gez. Meißner  
Schriftführerin